

Die fetten Jahre sind vorüber

Der Voranschlag 2015 der Stadt Liestal schliesst nur noch mit einer schwarzen Null

Von Thomas Gubler

Liestal. Das Stedtl Liestal hat finanziell gute Zeiten hinter sich. Positive Rechnungsabschlüsse während Jahren ermöglichten es, den Schuldenberg von einst 60 Millionen Franken auf noch gut 15 Millionen zu senken. Mittlerweile ist er wegen der BLPK-Ausfinanzierung buchmässig zwar wieder auf 32 Millionen angewachsen – doch das sind ausserordentliche Umstände, die für andere Gemeinden dieselben sind. Jetzt aber scheint es in Liestal für einige Zeit vorbei zu sein mit dem Schuldenabbau. Bei einem Ertrag von 42,889 Millionen Franken und einem Aufwand von 42,813 Millionen resultiert im Voranschlag 2015 gerade noch ein Ertragsüberschuss von 76000 Franken. Eine sogenannte schwarze Null also, die dem Stadtrat erst noch einiges abverlangt hat.

Angesichts der roten Zahlen, die in anderen Gemeinden für das kommende Jahr budgetiert werden, steht Liestal aber immer noch gut da. Etwas weniger gut sieht jedoch die Investitionsrechnung aus. Die vorgesehenen Investitionen von 5,858 Millionen Franken können nur zu 39 Prozent oder mit 2,302 Millionen Franken aus eigenen Mitteln finanziert werden. Es verbleibt somit ein Finanzierungsfehlbetrag von 3,556 Millionen Franken, der mit Fremdmitteln bestritten werden muss. Angestrebt wird im Finanzplan eine Selbstfinanzierung von jährlich vier Millionen.

Für 2014 droht ein Defizit

Wirklich unerfreulich aber ist, dass die laufende Rechnung 2014 wahrscheinlich mit einem Fehlbetrag abschliessen wird. Ein solcher war nicht erwartet worden, denn auch nach der im Dezember 2013 beschlossenen Steuersenkung um ein Prozent war immer noch mit einem Plus von rund 360000 Franken gerechnet worden. Stadtpräsident und Finanzchef Lukas Ott sieht dafür vier Gründe: Durch die Plafonierung habe Liestal 800 000 Franken weniger aus dem horizontalen Finanzausgleich erhalten. Sodann sei das Wachstum bei den Steuereinnah-



Optimistischer Stadtpräsident. Lukas Ott (Grüne) sieht trotz leichter finanzieller Baisse für Liestal keinen Grund zur Besorgnis. Foto Pino Covino

men zu optimistisch eingeschätzt worden. «Diese Entwicklung erfolgt nicht so schnell, wie wir angenommen haben», sagt Ott. Sodann haben die Sozialausgaben im laufenden Jahr – ähnlich wie in anderen Kommunen gleicher Grösse – stark zugenommen, da die Fallzahlen um 25 Prozent angestiegen sind. Schliesslich kommt mit der genannten Steuersenkung – sie macht rund eine halbe Million aus – noch ein hausgemachter Faktor hinzu. «Alles zusammen ergibt nach Verrechnung sämtlicher Effekte eine Summe von zwei Millionen Franken», sagt der Stadtpräsident.

Lukas Ott hatte sich vor Jahresfrist gegen die Steuersenkung gewehrt. Er unterlag jedoch im Einwohnerrat, der mit 20 zu 19 den Steuersatz von 66 auf 65 Prozent senkte. Und im Sommer, bei der Präsentation der Rechnung 2013, hatten bürgerliche Einwohnerräte bereits eine erneute Steuersenkung für das Jahr 2015 ins Auge gefasst. Unter den neuen Bedingungen dürfte diese aber einen schweren Stand haben.

Eins nach dem anderen

Trotz drohendem Defizit oder zumindest deutlich tieferen Überschüssen und negativem Finanzierungssaldo beurteilt der Stadtpräsident die finanzielle Situation Liestals aber gleichwohl positiv. Man müsse die Situation 2015 im Kontext sehen, erklärt Ott. Das heisst: Nach Jahren des Schuldenabbaus müsse Liestal jetzt die fälligen Investitionen vornehmen. Man könne nun mal nicht alles gleichzeitig machen, Schulden abbauen, Investitionen erhöhen und Steuern senken.

Die Aussichten, so Lukas Ott, seien nicht schlecht. Man werde wahrscheinlich bald wieder den benötigten Selbstfinanzierungsgrad von vier Millionen erreichen. Und aufgrund der geschätzten Wachstumszahlen gehe der Stadtrat davon aus, dass Liestal ab 2017 oder 2018 im Finanzausgleich zur Gebirgsgemeinde werde. «So gesehen kann man von der gegenwärtigen Periode höchstens als von »halbmagere« Jahren sprechen», sagt der Stadtpräsident.

Mit Strohballen gegen den Schiesslärm

Erster Test war erfolgreich – nun soll ein Erdwall errichtet werden

Von Christian Horisberger

Ziefen. Dem Gesetz nach ist alles in bester Ordnung: Die zulässigen Toleranzwerte werden bei der Ziefner Schiessanlage nicht überschritten. Dies haben Messungen ergeben, die der Gemeinderat aufgrund einer Schiesslärm-Petition auf Auftrag gegeben hatte. Die lärmgeplagten Ziefner liessen aber nicht locker. Sie bemängelten das Messverfahren und wollten sich mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben. So bildete der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe Schiesslärm, die eigene Lärm-messungen anstellte.

Der Schiesslärm – beim Versuch wurde mit verschiedenen Waffen und von unterschiedlichen Positionen im Schiessstand geschossen – wurde einerseits mit einem Gerät erfasst und andererseits von 14 Personen an einer exponierten Stelle subjektiv beurteilt. Zudem wurde bei den Messungen versuchsweise ein 30 Meter langer Wall aus grossen runden Strohballen errichtet. Mal wurde vor dem Wall geschossen, mal dahinter.

Erdwall-Projekt geplant

Die Ergebnisse der Schiessversuche hat die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Gemeinderat Roland Recher nun in ihrem Mitteilungsblatt publiziert. Ergebnis: Die Strohballen dämpfen den Lärm. Die Arbeitsgruppe zieht daraus den Schluss, dass ein rund 130 Meter langer Wall mindestens für gewisse Gegenden des Dorfs eine merkliche Verbesserung bringen könnte.

Aus dieser Feststellung heraus will die Arbeitsgruppe nun ein Konzept für den Bau eines Erdwalls erstellen, wobei Ausmass, Bautechnik, Grundeigentum und Finanzierung zu prüfen sind. Das Einverständnis der Grundeigentümer vorausgesetzt, werden für die Ausarbeitung des Baugesuchs die kantonalen Fachstellen konsultiert. Finanzieren soll das Vorhaben die Gemeinde – womit das Volk dem Baukredit seine Zustimmung geben müsste.

Finanzdirektion umgeht eigene Bürokratie mit Bürokratie

Bei Aufträgen an IT-Spezialisten geht der Kanton kreative Wege

Von Joël Hoffmann

Liestal Wer kennt es nicht? Computer sollten das Leben einfacher machen. Doch irgendwo klemmt es immer. Am Ende hat man viel Zeit und Nerven gelassen. Beim Kanton ist das nicht anders. Ab und zu ist die Verwaltung auf externe IT-Spezialisten angewiesen, welche die komplexen Probleme lösen. Und da liegt der Hase im Pfeffer: Diese müssen bezahlt werden. Die Finanz- und Kirchendirektion (FKD) hat nun aber festgestellt, dass die Auftragsvergaben an IT-Experten zu rechtlich heiklen Situationen führen könnten. Bei der Lösung dieses Problems geht die FKD einen kreativen und im Baselliet neuen Weg, wie zwei aktuelle Ausschreibungen zeigen.

«Die neuen Ausschreibungen sind sehr unspezifisch. Es kann beispielsweise auch drei Gewinner geben», sagt Generalsekretär Michael Bammatter. Dies habe mit der Art der Ausschreibung zu tun. «Wir brauchen immer wieder IT-Spezialisten, die uns tageweise mit einzelnen Einsätzen unterstützen.» Mit der Ausschreibung will die Finanz- und Kirchendirektion mehrere Firmen auswählen, von denen sie künftig die Spezialisten bezieht.

Verwaltung im Dilemma

Dieses Vorgehen der FKD ist speziell, denn: Einen einzelnen Auftrag könnte der Kanton in der Regel ohne Auswahlverfahren vergeben, also ohne bürokratischen Aufwand, wie es die FKD nun aber tut. Es bräuchte keine Ausschreibung, weil ein einzelner Auftrag an einen Spezialisten kaum mehr als 150000 Franken kosten kann. Dieser Betrag ist der Schwellenwert. Was darüber liegt, kann nicht mehr so-

ge nannt freihändig vergeben werden. Erst ab dann bräuchte es ein öffentliches Auswahlverfahren, eine Submission. Weshalb betreibt die FKD hier nun scheinbar unnötige Bürokratie? Bammatters Antwort überrascht nicht: «Um Formalien einzuhalten.» Dahinter steckt aber das Dilemma, dass ohne diesen Aufwand weiterer Aufwand entstünde. Kurzum heisst das, dass Bürokratie geschaffen wird, um Bürokratie zu umgehen.

Unnötige Vorwürfe verhindern

Hinter dem Vorgehen der FKD steckt das Bewusstsein, dass den öffentlichen Verwaltungen intensiver auf die Finger geschaut wird als auch schon. Der Bereich der Auftragsvergabe ist besonders heikel und relativ anfällig für Vetternwirtschaft. Die FKD will mit der Ausschreibung unnötige Vorwürfe und Untersuchungen verhindern. Bammatter erklärt das Problem so: «Für den einzelnen Auftrag an einen Spezialisten brauchen wir zwar keine Ausschreibung. Wenn wir ihn aber für weitere Aufträge engagieren, könnten dessen Honorare zusammengerechnet den Schwellenwert überschreiten.»

Was folgen könnte, wären Vorwürfe, dass eine Submission bereits vor dem ersten Auftrag hätte getätigt werden müssen. Gemäss Bammatter müsste die FKD bei diesen simplen Aufträgen immer wieder prüfen, ob wegen eines weiteren Auftrags eine Ausschreibung vor dem ersten Auftrag hätte vorangehen müssen. Die Konsequenz wäre, dass die FKD laufend jeden noch so kleinen Auftrag ausschreiben müsste, um auf der sicheren Seite zu sein. Darum folgert Bammatter: «Dieses Problem wollen wir mit der jetzigen einmaligen Ausschreibung umgehen.»

Sparpaket und 5 Prozent mehr Steuern

Gemeinderat in Oberdorf will Finanzen nach Steuerausfällen ins Lot bringen

Von Christian Horisberger

Oberdorf. Vergangenes Jahr hat die Gemeinde Oberdorf ihr finanzielles Waterloo erlebt: Die Firma Synthes, der wichtigste Steuerzahler im Dorf, hat ihren Geschäftssitz in den Kanton Solothurn verlegt, was für Oberdorf Steuerausfälle im Umfang von drei Millionen Franken bedeutet. Das ist rund ein Drittel aller Einkünfte der Gemeinde. Den Löwenanteil der Steuerausfälle kompensiert der kantonale Finanzausgleich. Rund eine halbe Million Franken muss die Gemeinde aus eigener Kraft beisteuern. Das Rezept des Gemeinderats lautet: Sparen und die Steuern erhöhen.

Am 24. November tritt der Gemeinderat mit dem Budget 2015 vor die Gemeindeversammlung. Es enthält etliche kleinere und grössere Sparmassnahmen im Gesamtvolumen von rund 300000 Franken sowie eine Steuererhöhung um fünf auf 63 Prozentpunkte.

Die fünf Steuerprozente für natürliche Personen spülen eine Viertelmillion in die Kasse der Einwohnergemeinde, womit das Budget fürs kommende Jahr ein Plus von 55000 Franken ausweisen würde. Und für die weiteren fünf Jahre sieht der Finanzplan ausgeglichene Rechnungen vor. Gemeindepräsident und Finanzchef Ewald Fartek spricht – insbesondere im Hinblick auf die Zukunft – vom »Idealzustand«. Deswegen will er auch nicht von einer »happigen«, sondern von einer »erforderlichen« Steuererhöhung reden.

Widerstand wahrscheinlich

Der Gemeindepräsident erinnert daran, dass der Steuersatz in jüngerer Vergangenheit zweimal gesenkt worden ist: 2007 von 65 auf 62 Prozent und 2010 von 62 auf 58 Prozent. Durch den Wegfall eines grossen Teils der Firmen-

steuern habe man eine neue Situation, auf die man wohl oder übel reagieren müsse. «Wir müssen den Tatsachen ins Auge blicken.»

Schlucken die Stimmbürger die bittere Pille, sei Oberdorf dort, wo es hin sollte, sagt der Kassenwart: finanziell stabil, mit einem kleinen Polster auf der Seite und etwas Luft für Investitionen. Und wenn das Volk das Sparpaket zerzaust und der Steuererhöhung ganz oder teilweise eine Abfuhr erteilt? Fartek: «Dann schreiben wir erst mal rote Zahlen und müssen halt noch einmal über die Bücher.»

Dies ist mehr als nur wahrscheinlich. Ein Plus von fünf Prozentpunkten dürften manche Oberdörfer nicht einfach so hinnehmen. Einer von ihnen ist Gérard Schmidli, Mitglied der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission und der Arbeitsgruppe, welche das Budget auf Sparpotenzial durchleuchtet hatte. «Ich bin grundsätzlich gegen Steuererhöhungen», sagt der Inhaber eines Elektrogeschäfts. Erst wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft seien und es noch immer nicht reiche, solle man über eine Steuererhöhung diskutieren.

Widerstand auch gegen Sparmassnahmen

Im Gegensatz will der Gemeinderat den örtlichen Vereinen die gemeindeeigenen Anlagen für Anlässe kostenlos zur Verfügung stellen. Und auch gegen die 20000 Franken, die bei der Bibliothek eingespart werden sollen, hat sich bereits Widerstand formiert. Die Arbeitsgruppe hat weit mehr Vorschläge gemacht als jene, die ins Budget 2005 integriert worden sind. Zum Beispiel die Auflösung der Klein- und Einführungsklassen und Integration in die Primarschule. Sparpotenzial: «75000 Franken oder mehr». Prädikat: «Dringend!» Abklärungen seien in Gang, kommentiert der Gemeinderat diesen Vorschlag, weist aber darauf hin, dass die Kosteneinsparung nicht allzu gross sein dürfte, da dies auch wieder die Einstellung von entsprechend geschultem Personal erfordern würde. ch